

Verantwortliche Redakteure:
für den politisch. Theil:
C. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes:
J. Korkner,
für den übrigen redaktionellen Theil:
H. Schmiedeknecht,
sammtlich in Posen.
Verantwortlich für den
Zusatztheil:
O. Kuerste in Posen.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Sechsendeundzwanzigster

Jahrgang.

Nr. 805.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabe-
stellen der Zeitung, sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Sonnabend, 16. November.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., in der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm., angenommen.

1889.

Interate
werden angenommen:
in Posen bei der Expedition der
Zeitung, Wilhelmstraße 17,
ferner bei Hrn. Dr. Schlegel, Hofrat.
Dr. Gerber u. Breiter, Adv.
Otto Kiehl in Firma
J. Neumann, Wilhelmstraße 8,
in Gnesen bei Hrn. Dr. Schlegel,
in Breslau bei Hrn. Dr. Schlegel,
u. bei den Inseraten-Annahmestellen
von G. J. Danks & Co.,
Hanselstein & Vogler, Rudolf Moß
und „Jugendbank“.

Amstiches.

Berlin, 15. November. Der König hat dem Senats-Präsidenten Schneider bei dem Ober-Landesgericht in Köln den Charakter als Geheimer Ober-Justiz-Rath mit dem Range der Räte zweiter Klasse verliehen; sowie den Landgerichts-Rath Bauer in Berlin zum Kammergerichts-Rath ernannt.

Der König hat den Vize-Präsidenten des königlichen Provinzial-Schul-Kollegiums und Medizinal-Kollegiums der Provinz Brandenburg Herwig zum Direktor der Kloster-Kammer zu Hannover, sowie den Geheimen Ober-Regierungs-Rath und vortragenden Rath im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, Johann Karl Theodor Tappen, zum Vize-Präsidenten des Provinzial-Schul-Kollegiums und des Medizinal-Kollegiums der Provinz Brandenburg, unter Verleihung des Charakters als Geheimer Ober-Regierungs-Rath und des Ranges eines Raths zweiter Klasse, ernannt.

Der Regierungs-Baumeister Röttcher in Rinteln ist zum königl. Kreis-Bauinspektor ernannt und demselben die Kreis-Bauinspektorstelle daselbst verliehen worden.

Dem Kreis-Physikus Klein zu Rast im Kreise Schleiden ist, unter Entbindung von seinem gegenwärtigen Amt, die Kreis-Physikatsstelle für den Oberrhein-Kreis und den Kreis Udingen, mit dem Amte zu Domburg v. d. Höhe, verliehen worden.

Die Rechtsanwältin Dr. Uebel und Gähler in Nordhausen sind zu Notaren für den Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Naumburg a. S., mit Anweisung ihres Wohnsitzes in Nordhausen, und der Rechtsanwältin Elisabeth von Udenhofen in Liebenwerda zum Notar für den Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Naumburg a. S., mit Anweisung seines Wohnsitzes in Liebenwerda, ernannt worden.

Deutscher Reichstag.

16. Sitzung vom 15. November, 1 Uhr.

Die zweite Lesung des Etats wird fortgesetzt beim Etat des Reichsamts des Innern, Tit. I der fortwährenden Ausgaben, zu dem die gestern mitgetheilten Anträge Baumbach-Schrauer und Stumm, betreffend Arbeiterschutz für Frauen- und Kinderarbeit, sowie Sonntagsarbeit, vorliegen.

Abg. Schmidt (Erfeld) (fr.): Die Fabrikinspektoren sind zwar vernichtet worden, aber die jetzige Zahl reicht zu einer gründlichen Revision doch nicht aus. Man wird eine weit erheblichere Vermehrung vornehmen müssen, namentlich um auch die Hausindustrie in die Inspektion hineinzubeziehen. Wir werden die Bezirke kleiner machen müssen, damit die einzelnen Arbeiter mehr in persönlichen Verkehr mit den Beamten treten können. Wünschenswerth ist vor Allem, daß die Inspektoren nicht ausschließlich vom grünen Tisch genommen werden, sondern daß solche Leute herangezogen werden, welche im praktischen Leben gestanden haben. Die vorzüglichsten Leistungen des Inspektors in Düsseldorf sind nur möglich gewesen, weil dieser selbst große Betriebe praktisch geleitet hat. Stellt man mehr solche Leute an, so werden derartige Berichte nicht mehr erscheinen, wie die des Hamburger Inspektors, welcher die Wünsche der Arbeiter nur als vermeintliche Beschwerden ansieht. Bei der Revision durch die Inspektoren darf die formale Seite der Beobachtung von Gesetzesvorschriften nicht zu sehr in den Vordergrund geschoben werden, die Hauptsache ist, für Leben und Gesundheit der Arbeiter zu sorgen. Ueber die formale Beilegung von Gesetzesvorschriften sollen die Gerichte entscheiden, sonst bekommen wir noch mehr Verfügungen wie die der Düsseldorf-Regierung, welche Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs, betreffend die Prokurator und die Vollmacht, einfach beiseite hat. Ich hoffe, daß der Minister sich dieser Auffassung nicht anschließt.

Ein Hauptmangel der Einrichtungen liegt in den ungenügenden Anordnungen der Behörden und Berufsvereinigungen. Wir haben eben keinen einheitlichen Aufbau der Arbeiterschutzgesetzgebung. Umso mehr Grund ist vorhanden, dieselbe endlich zu Stande zu bringen. Daß die Fabrikinspektoren zu Vermittlungen von den Arbeitern so wenig in Anspruch genommen werden, liegt an der zu ausgedehnten Tätigkeit der Inspektoren, die wegen der Größe des zu beaufsichtigenden Bezirks keine Zeit zu vermittelnder Tätigkeit übrig behalten. Würden die Vermittlungen mehr als bisher in Anwendung gekommen sein, so hätten wir Strikes in der Ausdehnung des Vergleiches mit diesem Jahre nicht gehabt. In dieser Beziehung möchte ich mir die Frage an den Herrn Staatssekretär erlauben, wie denn die Resultate der Untersuchungskommission über die Vergleichesstrikes ausgefallen sind. (Minister v. Boetticher: Das ist preussische Sache!) Ganz recht, aber eine preussische Sache, die das ganze Reich in Mitleidenschaft zieht. Wir wünschen, daß die Resultate der Untersuchung möglichst bald zum Vorschein kommen, damit die Mannschaften, die gleich danach den Strikes in arbeitserfindlichem Sinne die Untersuchungsergebnisse von vornherein zu discrediren versuchte, ein Ende nimmt.

Die Frauen-Nacharbeit wird mit Unrecht für unbedenklich erklärt. Man sollte namentlich Frauen in Berg- und Hüttenarbeiten weder bei Tage noch bei Nacht beschäftigen. (Sehr wahr! links.) Die Kinderarbeit in Sachsen nimmt trotz der Beschönigung sächsischer Zustände durch Herrn v. Frege von Jahr zu Jahr zu, während z. B. meine Heimat eine stetige Abnahme der Kinderarbeit aufweist. In Sachsen sind die Uebertretungen gegen die Gewerbeordnung um 60 Proz. gewachsen. Und Herr v. Frege hat absolut keinen Grund, die Zustände in Sachsen so schön auszumalen, namentlich wenn er sich einmal andere Bezirke im Reich ansehen würde. Auch an dem Wachsen sozialdemokratischer Stimmen in Sachsen ist nicht der Zuweg fremder Arbeiter Schuld, — das zeigt die geringe Zahl sozialdemokratischer Arbeiter gerade in den Grenzbezirken — sondern daran sind die inneren Einrichtungen Sachsens Schuld.

Die Regierung hat zwar nicht die Absicht ausgesprochen, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter direkt zu beschränken, aber Stimmen für Einführung von Kaufschulparagrafen, durch welche es möglich wird, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter hinterlistig zu beschränken, sind bereits laut geworden auch in den der Regierung nahe stehenden Kreisen. So hat die „Konservative Korrespondenz“ sich zwar für Einschränkung von Einigungsämtern ausgesprochen, aber nebenbei die Bestrafung der ausländischen Arbeiter mit Gefängnis befürwortet. Das

wäre eine schöne Koalitionsfreiheit. Wenn der Bundesrath fortfährt, sich gegen unsere Arbeiterschutzanträge ablehnend zu verhalten, dann wird nicht der Reichstag die Folgen davon zu tragen haben, sondern die ganze Verantwortung trägt der Bundesrath. (Beifall links.)

Sächsischer Bevollmächtigter Graf v. Hohenthal (auf der Tribüne unverständlich) bestreitet, daß in den sächsischen Gewerbeverhältnissen hinsichtlich der Frauen- und Kinderarbeit eine Verschlechterung eingetreten sei, die eine Ausdehnung des Arbeiterschutzes erforderlich erscheinen lasse. Die ansehnliche Zunahme der Kinderarbeit erkläre sich daraus, daß die Fabrik-Inspektoren bei ihren letzten Inspektionen weit mehr Bezirke als früher berücksichtigt hätten und in Folge dessen natürlich auch zu größeren Zahlensummen gekommen seien.

Abg. Frohme (Soz.): Es sind doch manchelei Vorgänge geschehen, die den Arbeiter veranlassen können, kein oder nur wenig Vertrauen zu den Fabrikinspektoren zu haben. So hat z. B. in einem Falle ein Gewerbetreibender einen Arbeiter, der ihm persönlich Mißthaten mittheilte, sofort dem Fabrikbesitzer denunziert. Der Unterschied ferner, den die Fabrikinspektoren zwischen berechtigten und unberechtigten Beschwerden machen, ist nicht bloß ein künstlicher, sondern gegenüber den Kartellen der Arbeitgeber und den Ringen zur künstlichen Preissteigerung ihrer Fabrikate ganz unhaltbar.

Mit Unrecht wird behauptet, daß die Sozialdemokraten ein Parteinteresse an den Strikes haben. Im Gegentheil, wir raufen oft von Strikes ab. Die Arbeiter greifen ja auch nur in äußerster Noth zu Strikes, um ihre Forderungen zu durchsetzen, weil sie selber wissen, daß derselbe für sie keine Annahmlichkeit, sondern unter Umständen ein Unglück ist. Trotzdem geht man mit unmenslicher Härte gegen die Arbeiter vor. In Sachsen sind sogar streikende Arbeiter aufgegriffen und mit der Anwendung des Vagabunden- und Armengesetzes auf sie bedroht worden. Ein solches Vorgehen der Behörden ist unerlässlich und rechtswirksam. Denn das Recht des Arbeiters, einen möglichst großen Antheil vom Nutzen seiner Arbeit zu haben, steht ein für alle Mal fest.

Beabsichtigt die Regierung aber, wie es aus den Spalten der offiziellen Presse herauszutrifft, das Koalitionsrecht der Arbeiter einzuschränken, dann wird sie den heftigsten Widerstand der Arbeiter finden. In dieselbe engherzige Auffassung gehört das Verbot, Arbeitern, die erst 21 Jahre alt sind, das Wahlrecht zu den Schiedsgerichten zu verweigern. Weshalb will man das erwachsenen militärpflichtigen Leuten verweigern? Auch die Klage, daß der Arbeiter mehr und mehr dem Luxus anheimfalle, weil er seinen Lebensunterhalt verbessern will, ist Ausfluß einer arbeitserfindlichen Stimmung. Die Klage ist ja alt, aber diejenigen, welche sie anstimmen, sollten an ihre eigene Brust greifen und den unverantwortlichen sinnlosen Luxus, mit welchem die „besseren Gesellschaftskreise“ prunken, abschaffen. Je besser es den arbeitenden Klassen geht, je höher ihre Lebensunterhaltung ist, um so weniger werden sie geneigt sein, den sogenannten unthätigsten Bestrebungen zu huldigen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. v. Boetticher: Auf die gestern gestellte Anfrage, was die Reichsregierung zu der Entscheidung des Brandenburgischen Oberpräsidenten über das Berliner Schiedsgerichtstatut sage, kann ich keine Antwort geben, weil die Reichsregierung sich mit der Frage noch nicht beschäftigt hat. Eine Vorlage in dieser Richtung wird Ihnen zugehen, wie ich bereits angekündigt habe, und durch eine obligatorische Regelung wird ja diese Entscheidung aus der Welt geschafft werden können.

Allerdings hat die Kinderarbeit zugenommen, aber nur in jenen Distrikten, wo ein Mangel an Arbeitskräften für die Unterhaltung der Familie unumgänglich nöthig ist. Deshalb ist es kaum möglich, ohne erhebliche wirtschaftliche Schädigung diesen Familien die Kinderarbeit in diesen Distrikten einzuschränken. — Bezüglich der Wiltungen der Strikes kann ich Ihnen ein interessantes Zeugnis eines amerikanischen Arbeitssekretärs vorlegen, der die Strikes „eine barbarische Methode“ nennt und stattdessen beweist, daß in Amerika die Strikes etwa 150 000 Arbeitern völlig, etwa 140 000 zum Theil, und gegen 661 000 Arbeitern, also der großen Mehrzahl, gar nichts genützt haben. Das ist vollkommen richtig. Ich kann den Arbeitern daher nur raten: Strike! — aber nur da, wo es vernünftig ist, wo eure Forderungen berechtigt sind, sonst erwarten euch nur Nachteile und Zerrüttung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Im Uebrigen muß ich betonen, daß bei den Strikes, die Frage der Sonntagsruhe, des Frauen- und Kinderschutzes keine Rolle gespielt hat, und deshalb haben die Regierungen keine Veranlassung gehabt, wegen der Strikes ihre Stellung in den Arbeiterschutzfragen zu ändern. (Beifall rechts.)

Abgeordneter Kropatschek (Konf.): Die Verwahrung des Herrn Frohme, daß seine Partei den Strike nicht wolle, hat doch nur einen mehr theoretischen Werth. Dagegen kann ich ihm in Bezug auf den Luxus der bestehenden Klassen nur beistimmen, die bestehenden Klassen müssen erst anfangen, sich selbst darin zu bessern, ehe sie ein solches Verlangen an Andere stellen.

Daß die Koalitionsfreiheit der Arbeiter eingeschränkt werden soll, hat Niemand verlangt, nur ist mehrfach auf die falsche Anwendung dieser Koalitionsfreiheit hingewiesen worden.

Wir sind stets für Arbeiterschutz eingetreten und thun das auch jetzt noch. Herr Schmidt hatte in seinen Ausführungen hinsichtlich des Arbeiterschutzes durchaus Recht. Nur seine Bezugnahme auf die westfälischen Verhältnisse traf nicht zu. Herr Baumbach ist ja jetzt auch befehligt worden und zu uns herüber gekommen; daher erklärt sich auch das Bedürfnis bei ihm, seine Gedanken möglichst ausführlich darzulegen. Ich meinerseits will ihm das nicht verübeln; Herr Stumm aber hat jedenfalls gestern auf diese Verleumdung keine Rücksicht genommen, als er sein Erstaunen über den Redefus von Herrn Baumbach aussprach.

Was die Kinderarbeit anbelangt, so ist nicht in Abrede zu stellen, daß es der Eigennutz und die Selbstsucht ist, welche die Kinder in die Fabriken schickt. Aber diese Selbstsucht der Eltern kann in der Frage nicht ausschlaggebend sein. Vom hygienischen Standpunkt aus ist entschieden die Kinderarbeit zu verwerfen. Wir klagen so wie so schon über Ueberbürdung der Kinder in Schularbeiten. Wie viel mehr muß die zum Ausdruck kommen, oder wie sehr mühten wir den Gang des Schulunterrichts andersfalls unterbrechen, wenn wir staatskirchlich auf den Eigennutz der Eltern Rücksicht nehmen wollten. Auch die Frauenarbeit muß eingeschränkt werden. Die Frau darf der Familie, deren Mittelpunkt sie ist, nicht entrückt und nicht zum Opfer der Industrie

gemacht werden. Sonst wenn sie mit den männlichen Arbeitern in die sozialdemokratischen Zirkeln hineingezogen wird, werden wir vergebens die Ausbreitung der Sozialdemokratie anklämpfen. Im Interesse der Staatsverwaltung selbst also sollten die Regierungen an eine gesetzliche Regelung und Einschränkung der Frauenarbeit denken. Ich bin auch nicht, wie der Minister, davon überzeugt, daß der Arbeiter Einschränkung der Sonntagsarbeit nicht wünscht. Gehen Sie doch in die Versammlungen, verteidigen Sie dort den Standpunkt der Regierung und den des Reichstags; ich bin überzeugt, daß man sich für den Standpunkt des Reichstags entscheidet wird. Der Reichstag möge nicht aufhören, diese Frage von neuem der Regierung zur Förderung ans Herz zu legen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Windthorst (K.): Das Koalitionsrecht darf unter keinen Umständen angetastet werden, aber die Arbeiter sollten nur in den aller seltensten Fällen davon Gebrauch machen. Ich bedaure, daß so viel Arbeitgeber unentschieden genug gewesen sind, zur rechten Zeit nicht nachzugeben. Aus Tiefste aber muß ich es beklagen, daß die Resultate der Enquete über die letzten westfälischen Strikes noch nicht veröffentlicht worden sind, das ist sehr traurig. Denn der Kaiser hat sein Wort eingelegt, den berechtigten Beschwerden der Arbeiter abzuwehren. Die Arbeiter haben sich darauf verlassen, und die Regierungen müssen auf das Energischste bemüht sein, dieses Wort des Kaisers bald einzulösen. Es könnte sonst die Autorität der kaiserlichen Macht leiden.

Ich kann versichern, daß unter den Arbeitern tiefe Zustimmung darüber herrscht, daß diese Schutzgesetzgebung nicht vom Fleck kommt. Auf die Entscheidung der Regierung haben die Jöden der Arbeitgeber zu großen Einfluß, und die Arbeiter kommen nicht genügend zu Worte. Es ist doppelt notwendig im jetzigen Augenblick, wo man so einschneidende Maßregeln gegen die Arbeiter beschließt, für den nöthigen Arbeiterschutz zu sorgen.

Man hätte mit einer solchen Resolution, wie die von Herrn Baumbach, warten sollen, bis unsere Anträge kamen. Unsere Anträge sagen präzis, was wir wollen, und wenn die Herren es ernst meinen, so mögen sie später mit uns zusammen arbeiten und nicht darauf hingewirten, daß die Sache wieder eine Session zurückgesetzt wird; die Arbeiterschutzgesetzgebung ist doch wichtiger als alle Schiffsbauten. Wenn wir gegen den Antrag Baumbach sind, so heißt das nicht, wir wollen die Sache nicht, sondern wir wollen mehr, das Geforderte genügt uns nicht. Wir wollen schneller vorwärts, denn es ist Gefahr im Verzuge, und wer das nicht sieht, der ist blind. (Beifall im Centrum.)

Abg. Schmidt (Erfeld) (fr.): Wenn es den Konservationen Ernst ist mit dem Willen, die Arbeiterschutzgesetzgebung zu Stande zu bringen, dann haben sie die schönste Gelegenheit, auf den Bundesrath einzuwirken. Erklären Sie doch: wir bewilligen das Sozialistengesetz nicht eher als bis die Arbeiterschutzgesetze da sind. (Sehr wahr links.) Ich bin überzeugt, daß das wirken wird. Die beiden Gesetze stehen völlig in Zusammenhang. Es ist ganz richtig, die Arbeiterschutzgesetze sind wichtiger als die Schiffsbauten, aber Herr Abg. Windthorst, wenn die Schiffsbauten bewilligt sind, dann macht der Bundesrath die Klappe zu, und wir können nicht weiter berathen über Arbeiterschutzfragen. Darum nehmen Sie vor allem unsere Resolution an, damit der Reichstag wenigstens etwas erreicht; das schließt ja die Annahme des Sefergentaufes des Zentrums nicht aus. (Sehr richtig! links.) Dem Bundesrath wird es nicht entgegen können, daß die Kinderarbeit in der Hausindustrie zu geradezu unerträglichen Zuständen geführt hat, und ich hoffe doch, daß das einmüthige Votum des Parlaments seine Wirkung nicht verfehlen wird. (Beifall links.)

Abg. Struckmann (nationall.): Bei der zu erwartenden Regelung der Schiedsgerichte wäre es wünschenswerth, auch eine alle Betheiligten der kaufmännischen Annahmen zu berücksichtigenden, daß auch die Kaufmannslehrlinge eine Fortbildungsschule besuchen können. Auch eine andere wichtige Frage wäre dabei mit in Erwägung zu ziehen, nämlich die gesetzliche Regelung der Bekämpfung der Trunksucht. Weitere Schichten des Landes, namentlich die ärmeren, würden einem gesetzgeberischen Eingreifen des Bundesraths, das die beklagenswerthen Mißstände der Trunksucht bekämpft, sehr dankbar sein. Eine weitere Lücke in der Personenschutzgesetzgebung ist der Mangel einer Bestimmung, wonach Personen, welche böswillig sich der Arbeit für ihre Frau und Familie entziehen und sich mit anderen Frauenzimmern herumtreiben, bestraft werden können.

Staatssekretär v. Boetticher: Ueber ein Gesetz zur Bekämpfung der Trunksucht haben kommissarische Beratungen stattgefunden, die Berichte liegen vor und die verbündeten Regierungen werden sich schlüssig zu machen haben. Die einzelnen Wege, welche vorge schlagen werden können, lassen sich in ihrer Tragweite noch nicht übersehen, ich zweifle aber nicht, daß ein baldiger Abschluß der Vorlage zu erwarten steht. — Den Anregungen bezüglich Theilnahme der Kaufmannslehrlinge an Fortbildungsschulen stehen auch wir sympathisch gegenüber. (Beifall.)

Abg. Hegel (Konf.): Auch wir stimmen dem Wunsch nach einem Gesetz zur Bekämpfung der Trunksucht zu und meinen, daß bei der Neuordnung der Frage zugleich eine Einschränkung des Spiritushandels der Konsumvereine statthaben soll, denn gerade die leichte Verabfolgung von Spirituosen durch Konsumvereine an kleine Leute trägt wesentlich zur Verbreitung der Trunksucht bei.

Abg. Kulemann (nl.): Ich muß die Frage der Schiedsgerichte noch einmal behandeln. Einigungsämter und Schiedsgerichte könnten auf dem Boden der jetzigen Koalitionsfreiheit, die nicht eingeschränkt werden darf, volle Wirksamkeit entfalten, wenn man Behörden schafft, an welchen auch Arbeiter Theil haben, etwa wie Einigungsämter in Amerika. Man soll nur nicht allzu ängstlich sein. Haben wir solche zweckmäßige Behörden, dann können die zweischneidigen Strikes aus der Welt geschafft werden.

Abg. Dr. Meyer (Halle, fr.): Sollen die Einigungsämter von Erfolg sein, so müssen sie auf beiden Seiten großes moralisches Ansehen haben. Durch gemeinschaftliche Berathung beider Theile müssen die gegenseitigen Chancen vorher abgemessen werden können. Um dem Einigungsamt diese moralische Autorität zu schaffen, darf man nicht mit der Schaffung derselben bis zum Strickausbruch warten, sondern muß vorher eine feste Grundlage schaffen. Diese wird am besten gegeben durch das gewerbliche Schiedsgericht. Dieser Gesichtspunkt, die Schaffung eines Einigungsamtes, war auch für die Abfertigung der Berliner Gemeindebehörden, ein Gewerbeschiedsgericht einzurichten, das maßgebende Vermittlung. Man wolle vorarbeiten für die voraussichtlich in Berlin kommenden Lohnereignisse. Leider sind diesem Projekte von der

Aufsichtsbehörde so große Schwierigkeiten in den Weg gestellt worden. Man hat von Unmöglichkeit des Berliner Entwurfs gesprochen, doch ist alles, was darin enthalten ist, schon in anderen deutschen Städten mit Erfolg durchgeführt, auch das Frauenstimmrecht und das wirkliche Vorhandensein kann man doch nicht als unmöglich bezeichnen. Ich hoffe, daß der angekündigte Gesetzentwurf über das Reichsgewerbegericht bald eingebracht und damit allen Schwierigkeiten ein Ende gemacht wird. (Beifall links.)

Staatssekretär v. Boetticher: Die Entscheidung des Brandenburger Oberpräsidenten ist eine rein preussische Sache, über die ich nicht zur Rede gestellt werden kann. Ich kann aber versichern, daß selbst das preussische Ministerium des Innern noch gar nicht mit der Sache befaßt worden ist, also auch eine Entscheidung nicht hat geben können. Der Reichstag ist jedenfalls der ungeeignete Ort, die Sache vorzubringen.

Abg. Singer: (Soz.): Der Oberpräsident hat doch aber mitgeteilt, daß er dem Handelsminister Nachricht von der Entscheidung gegeben hat. Das ist doch eine preussische Behörde. (Hört! hört! links.)

Abg. Kalle (nl.): Ich habe die Empfindung, daß hier im Hause doch etwas sehr zum Fenster hinausgeredet wird. (Unruhe links.) Ich möchte die Wichtigkeit des Baus von Arbeiterwohnungen betonen. Diese Bauten geschehen aber nicht immer rationell, weil oft nicht zweckmäßig und nicht billig genug gebaut wird. Unsere Architekten sind in diesen Bauten zu wenig bewandert. Man sollte Vorbilder ständig benutzen. Solche zu schaffen, ist der Verein für Bau von Arbeiterwohnungen ständig bemüht und Pläne für zweckmäßige Wohnungen sind vorgearbeitet und könnten mit Nutzen verwendet werden.

Abg. Schrader (dfr.): Nicht bloß das Kapital, sondern auch die Arbeiter selbst sollten zum Bau von Arbeiterwohnungen herangezogen werden. Es giebt eine erhebliche Zahl von Arbeitern, welche ein lebhaftes Interesse an gesunden Wohnungen zeigen und auch etwas Kapital zu Abschlagszahlungen erübrigen haben. Das eigene wohlverstandene Interesse der Arbeiter wird auch die ungewöhnliche Bauart, über die Herr Kalle klagt, nicht so zur Anwendung kommen lassen, wie wenn das Kapital allein lediglich zu einem gemeinnützigen Zweck fließt. Es wäre interessant zu erfahren, wie die Regierung über diese wichtige Frage denkt und ob ihrerseits nicht etwas Namhaftes geschehen könnte. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Frege stimmt auf Grund den Erfahrungen in Sachsen in Bezug auf die Arbeiterwohnungen der Ausführungen des Abg. Schrader zu.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Baumbach wird erst in der dritten Lesung zur Abstimmung gelangen.

Zu Titel 9a: „Zur Förderung der Hochseefischerei“ berichtet

Abg. Dr. Hermes (dfr.) über den Erfolg der zum Teil mit Staatsmitteln unterstützten Expedition zur Erforschung neuer Fangplätze von Hering. Die Expedition sei vom besten Erfolg begleitet gewesen, und man habe im schwedischen Skagerrak an der jütischen Küste einen außerordentlich eriebigsten Fangplatz sehr guter Heringe entdeckt und auch die Entdeckung eines andern Fangplatzes siehe wahrscheinlich in Aussicht. Ein weiteres Vorgehen sei erwünscht, wozu die Sektion noch mit mehr Mitteln ausgestattet werden möge. Ein Reichsfischamt zur Konzentration der Arbeiten wäre eine förderliche Einrichtung.

Staatssekretär von Bötticher erklärt, daß die Regierung zur Förderung der Hochseefischerei alles thun werde, was nöthig erscheine. Zur Schaffung eines Reichsfischamts sei wohl kein Bedürfnis vorhanden.

Der Titel wird bewilligt. Desgleichen Titel 10 und 11.

Berliner Brief.

Von Otto Felsing.

(Nachdruck verboten.)

Berlin, 15. November.

Es hat sich fast noch um jedes Bild Böcklins ein Kampf der Meinungen erhoben. Leidenschaftlich wurde von der einen Seite die eminente Farbentracht seines poesie-durchtränkten malerischen Schaffens in den Himmel erhoben, und ebenso leidenschaftlich wurden andererseits seine Exzentritäten in der Stoffwahl, die Auswüchse seiner meist in der Fabelwelt sich tummelnden Phantasie befehdet, wurde die unglaubliche Vergewaltigung des menschlichen Körpers bemängelt, in der sich Böcklin erging. Dieser Kampf der Meinungen wird sich vor dem neuen, im Gurlittschen Kunstsalon ausgestellten, freilich schon 1887 gemalten Bilde: „Meeresidylle“ („die Heimkehr“) schwerlich erheben; denn wer nicht zu den geschworenen Böcklinianern gehört, welche, wie ein Theil der verhassten Shakespearemanen, jeden Mißgriff für einen Meistergriff erklären, der wird sich von diesem Bilde mit einem Gefühl des Widerwillens abwenden. Die Böcklin-Hasser (ich meine hier den ästhetischen Haß, der nur die Rückseite der Liebe zum Schönen ist) werden mit Hohnlachen dieser Selbst-Überbödlinung Böcklins den Rücken kehren, und die wahren Freunde seines Kunstschaffens werden sich wohl mit dem Seufzer von dem Bilde abkehren: „Welch großer Aufwand unnütz ward verthan!“ — Ich sage: „Sie werden wohl!“; denn aus Erfahrung vermag ich nicht zu sprechen, da ich selber während meiner Anwesenheit im Gurlittschen Salon keinen von Böcklins Freunden oder Feinden in dem dunklen Salon vor dem allein beleuchteten Bilde gesehen habe; war doch der alte Herr, der eine Minute lang vor dem Bilde stand, offenbar weder Freund noch Feind des Malers, sondern ein ganz objektiver, unparteilicher Beurtheiler, wie aus den Worten hervorgeht, mit denen er eiligt den Saal verließ: „Pui Deibel!“ — Ich weiß nicht, welche von den vier Figuren der großen Leinwand er damit meinte; vielleicht alle — meine Leser finden es vielleicht heraus, wenn ich ihnen die Personen dieser sogenannten Idylle im Folgenden schildere.

Denken Sie sich inmitten eines blauen, weißschäumigen Meeres, das allerdings nicht in großer Flächen-Ausdehnung, sondern nur in schmalen Streifen nach der rechten, linken und unteren Partie des Bildes zu sehen ist und auch keineswegs die wunderbaren, tiefen, kalten Tünnungen des sonst von Böcklin gemalten Meerwassers zeigt, überdies nicht die Spur einer Widerspiegelung der schwärzlich-grauen Wolken am Himmel aufweist, wie wir doch hätten erwarten sollen — denken Sie sich weiter ein kleines, an den Seiten zackiges Plateau von Felssteinen, das auf ganz unbegreifliche Weise aus dem Wasser hervorragt. Auf diesem Plateau liegt ein nacktes Weib mit nassen, schwarzen, von kleinen Muskeln durchflochtenen Haaren und bewahrt mit einer ganz enorm groß gerathenen Hand einen kleinen Buben vor dem Herabrollern ins Wasser, der seinerseits mit dem Rücken auf den hier mit spärlichem rothen Tang be-

Hierauf verlagte sich das Haus am Montag 1 Uhr (Fortsetzung der heutigen Berathung.)
Schluß 4½ Uhr.

Deutschland.

L. C. Berlin, 15. November. „Zur Reform der östlichen Gemeindeordnungen“ bringen die „Berl. Pol. Nachr.“ eine Mittheilung, die, wenn sie aus amtlichen Kreisen stammen sollte, ein Zeichen dafür ist, daß eine Landgemeindeordnung, welche wirklich den Schäden des jetzigen Zustandes in den Gemeindeverhältnissen der östlichen preussischen Provinzen abhilft, auch unter Herrn Minister Herrfurth nicht in Aussicht steht. Wie Herrn Herrfurths frühere statistische Arbeiten über die preussischen Kommunalverhältnisse erkennen lassen, kennt derselbe die Schäden sehr genau; wenn er keine durchgreifende Abhilfe in Aussicht stellen kann, so müssen auch ihm unüberwindliche Schwierigkeiten entgegengestellt werden, welche er nicht zu überwinden vermag. — Worin bestehen denn die Schwierigkeiten und Schäden der heutigen Zustände in den östlichen Provinzen? Ein Rittergutsbesitzer, der zur Bewirthschaftung seiner Ländereien 60 Arbeiter braucht, hat auf seinen Höfen nur 10—12 oder höchstens 15 meistens unverheirathete Arbeiter wohnen, die zur Abwartung seines Viehes u. s. w. unbedingt erforderlich sind. Die übrigen Arbeitskräfte sind Tagelöhner, die im nächsten Bauernbörse oder in mehreren umliegenden Dörfern wohnen. Die Kinder dieser Tagelöhner besuchen die Dorfschulen. Die Schulaffen für die Kinder der Leute, welche der Rittergutsbesitzer beschäftigt, ladet diese also auf die Bauernbörse ab. Ebenso die Armenlasten. Wenn einer der Tagelöhner arbeitsunfähig wird, fällt er der Dorfgemeinde zur Last. Die Rittergutsbesitzer kaufen zuweilen Bauern- und Rätthnerstellen auf und siedeln die Leute, welche sie zur Bewirthschaftung ihres Gutes brauchen, darin an; und wir können Beispiele anführen, in denen es den betreffenden Dorfgemeinden sehr schwer gemacht wurde, die Rittergutsbesitzer in solchen Fällen zu einem fingirten Steuerfusse zu den Gemeindeabgaben der betreffenden Bauerngemeinde heranzuziehen. Die ländliche Gemeinde geht eine Schre daren, ihre ein Kilometer lange Dorfstraße jetzt zu pflastern und den Weg zum nächsten Bahnhof zu schaffiren. Die leichten Bauernwagen nutzen Steinpflaster und Chauffeen auch nur wenig ab; diese werden aber von den schweren Wagen des benachbarten Rittergutsbesitzers, welcher die Kohlen und Rüben zu seinen Ziegeleien, Brennereien und Zuckerraffinerien fahren und die Fabrikate wieder auf den Bahnhof abliefern läßt, zuschanden gefahren. Die flinkenden Abwässer aus den Fabriken des Rittergutsbesitzers verpesten den Bauern des benachbarten Ortes die Vorfluthgräben und bringen ihnen nicht nur Unannehmlichkeiten, son-

beden Steinen liegt und mit der rechten Hand gegen die höchst unschöne Brust der Mutter drückt. Ich muß es mir, trotzdem es eigentlich zur getreuen Schilderung des Bildes gehörte, hier leider versagen, diese Brustpartie in ihrer ganzen Häßlichkeit zu skizziren; denn ich würde dazu eine Sprache brauchen müssen, die mich als einen Naturalisten jüngsten Schlages erscheinen lassen würde, ich müßte meinem tiefinnersten Mißbehagen in Worten Ausdruck geben, die ich vor den Leserinnen dieses Blattes nicht verantworten könnte! Ich füge daher in dieser Beziehung nur noch an, daß sich die Stelle der Brustpartie jenes Weibes, gegen welche der kleine rothhaarige Bube mit der ausgereizten Hand drückt, etwa so ausnimmt, als ob sie von ungebadetem, sehr schmutzigem Ruchenteige geformt wäre, in den eine aus fünf Fleischwürstchen geformte Hand tief hineindrückt! Die Hände auf den Böcklinschen Gemälden zeigen ja fast immer Wurstfinger; diesmal aber ist die Hand des Jungen wie die von ihm bepatzte Stelle des mütterlichen Leibes von ganz ausnehmender Abscheulichkeit. Das Gesicht des Weibes ist übergroß, und muß wohl auch sehr groß sein, weil sonst der enorm breite, häßliche Mund darin nicht Platz hätte. Es zeigt geradezu eine Verworfungs-farbe und hat übergroße Augen von ägyptischem Schnitt. — Die Beine dieser Meerfrau „verjüngten“ sich stark nach den gleichfalls sehr unplastisch und undeutlich gemalten Füßen zu.

Überhalb der letzteren ragt ein Bloß aus dem Meere hervor. Auf diesen stützt sich mit den Füßen ein (natürlich auch nackter) Meerbube, welcher nach vorn gebeugt seine Hände auf einen anderen, höheren Felsblock stemmt. Die Meerfrau wie ihr sehr komplett gerathener älterer Junge blicken beide nach der rechten Seite des Bildes. Dort stützt sich mit der rechten Faust auf einen Felsblock ein brauner Meergerais, der lang herabwallendes, dünnes, weißes Haar hat, trotzdem sein mit Tang behangener Körper auf höchstens 35 Lebensjahre schließen läßt. Wahrscheinlich sind ihm die Haare sorben erst aus Schreck über den Anblick dieser seiner Familie erblickt! Jener Meeremann nun, auf den sich der zweite Titel des Bildes: „Heimkehr“ bezieht, kommt wohl von der Jagd, denn er hat mit der Linken ein Thier beim Fell gepackt. Solch eine Beute wie er da hat, kann man nur in den Jagdgründen attrapiren, in welchen die Phantasie Böcklins auf Beute fahndet. Das Thier hat den langen Hals und das schmale, häßliche Köpfchen einer Reh-Nide, aber dabei das Fell eines Seehundes. Dieses „Meer-Reh“ ist das Beste auf dem ganzen Bilde, obgleich man vor dem Thier nur Hals und Kopf sieht. Alles Uebrige auf diesem Bilde ist geradezu schlecht gemalt (man weiß ja längst, daß sich Böcklin um die Anatomie des menschlichen Körpers den Teufel kümmert), und es fehlt auf der Leinwand das, was uns in ähnlichen Fällen bisher stets Mißvergnügsgründe bei der Beurtheilung Böcklinscher Gemälde abgezogen: die wunderbare Farbe, das berausende koloristische Konzert, der augenbezaubernde Zusammenklang tief gestimmter, warmer Töne! — Es ist begreiflich, daß selbst ein großer Künstler einmal ein derartiges Bild malt; aber es ist unbegreiflich, daß er es nicht unmittelbar nach oder

hern auch Krankheiten für Mensch und Vieh. Das sind Alles nicht Fälle, die der grauen Theorie, sondern solche, die der Praxis des Lebens entnommen und wegen deren Beschwerden und Bitten um Hilfe und Beistand hierhergelangt sind. Und es giebt noch unzählige andere Fälle, in denen bei der heutigen Ordnung der Dinge die Bauerngemeinden durch die Rittergüter geschädigt werden. Um dem abzuhelfen, ist schon vor langen Jahren, besonders seitens des Herrn Abgeordneten Dr. Miquel nach dem Muster der westlichen Provinzen die Schaffung von Sammt-Gemeinden angerathen worden, welche ein solches Rittergut zusammen mit den umliegenden, wirtschaftlich mit denselben zusammenhängenden Dörfern zusammenschließen und die Rittergüter zu den Schul-, Armen- und Begelegen der betreffenden Dörfer mit heranziehen sollten. Ein solcher Weg ist natürlich den Parteien, welche hauptsächlich das Interesse der Rittergutsbesitzer und das der mit diesen an demselben Stränge ziehenden großen Fabrikbesitzer, welche gleichfalls ihre Arbeitskräfte aus den ihnen nahe gelegenen Bauernbörfern beziehen, verzeihen, sehr unangenehm, und auf die Regierung scheint dies auch eingewirkt zu haben. Der offiziöse Artikel erklärt, daß es sich bei der Regierung gar nicht um die Einrichtung einer Miquelschen Sammt-gemeinde, welche Guts- und Dorfgemeinden zu einer einzigen leistungsfähigen Gemeinde unter einem Gemeindevorsteher oder Bürgermeister zusammenfügt, gehandelt habe. Die Regierung will vielmehr Guts- und Dorfgemeinden selbständig neben einander bestehen lassen und sie nur zu einzelnen Zwecken, z. B. zu Schul- oder zu Wegebaueverbänden zusammenfügen. Es wird dabei auf das Bestreben der Regierung hingewiesen, z. B. die Entscheidung über die Wegebauten unter die Kompetenz des Kreistages zu bringen, in denen meistens die Vertreter des Großgrundbesitzes den Ausschlag geben. Dadurch werden „Mischstraßen“ geschaffen, Wege auf Kosten sämmtlicher Kreiseingesessenen, welche hauptsächlich den Zweck haben, die Milch und die Produkte aus den Kreistheilen, in denen die Rittergüter liegen, zu dem nächsten Hauptabfahort zu befördern. Eine wirkliche Abhilfe für die gegenwärtigen Uebelstände wird dadurch durchaus nicht geschaffen.

— Die Verhandlungen des Reichstags über den Antrag Rickert-Hermes haben, wie es scheint, in Baden großes Aufsehen erregt. Die „N. Bad. Land.-Ztg.“ bringt darüber einen Leitartikel, in welchem es heißt:

„Solche Behauptungen — wie sie Herr Rickert im Reichstage ausgesprochen hat — sind sehr bedauerlich, denn die Sympathien, die Baden im übrigen Reich und anderwärts bisher genoss, verdankt es seinen freien Einrichtungen, freimüthigen Parlamentariern, Fürsten und Regierungen. Das Bedauerliche dabei ist jedoch, daß Herr Rickert trotz des Widerspruches des Herrn v. Marschall, des früheren Mannheimer Staatsanwalts, und des Herrn Kiefer, des jetzigen Reichs-

schon vor der Vollendung auf dem Altar seiner Kunst als Brandopfer den Mäusen darbrachte!

Und nun muß ich meinen Lesern von einer Personals-Meldung Mittheilung machen, die augenblicklich in allen theaterfreundlichen Kreisen Berlins viel und eifrig besprochen wird: Dem königlichen Schauspielhaufe droht aller Wahrscheinlichkeit nach ein schwerer Verlust, und zwar dadurch, daß Fräulein Klara Meyer, wie wir diese Künstlerin zu nennen gewohnt waren, in Pension gehen will. — Als die Nachricht von diesem bevorstehenden Ereignisse gestern zuerst in den Blättern stand, war man erstaunt, hatt „Fräulein Klara Meyer“ „Frau Klara Meyer“ zu lesen. Anfanglich glaubte wohl jeder, es handle sich um einen der bekannten Scherze des Druckfehler-Teufels, der sich diesmal das etwas boshafte Vergnügen gemacht, eine Künstlerin in das „alte Fach“ zu schieben, welche ja unleugbar den Jahren nach über die Fräuleinschaft eigentlich schon hinaus ist, gleichwohl aber auf der Bühne (und noch mehr sogar auch außerhalb der Bühne „in Zivil“) fast so jung wie ein eben erblühtes Mädchen auszuweisen vermag. Allein aus den weiteren Zeilen jener Notiz ergab sich die überraschende Thatsache, daß aus Fräulein Klara Meyer wirklich eine Frau geworden war, und zwar im vorigen Sommer. — Mit wem sie sich verheirathet hat oder — um eine beliebte, aus dem Französischen stammende Wendung zu gebrauchen — gegen wen sie sich verheirathet hat, das hält sich bis zur Stunde noch in tiefes Dunkel.

Gleichviel aber, wer ihr Gatte sein mag, es hat den Anschein, als ob wir sie verlieren würden. Allerdings hat es auch den Anschein, als ob es Fräulein Meyer nicht ganz leicht würde, einer Kunstthätigkeit zu entsagen, in der sie so schöne Erfolge erzielt hat und sich gerade anschickte, noch größere zu erringen. Denn gerade jetzt, wo sie bei den von ihr gespielten neuen Rollen nicht mehr im Fache der „jugendlichen Sentimentalen“ geblieben ist, sondern sich einen neueren Rollenkreis zu erobern beginnt, nämlich den der Damen entre deux äges resp. der „jüngeren Mütter“ — gerade jetzt erzielt sie Wirkungen, welche die mit ihren früheren Rollen erreichten Erfolge an Intensität weit übertreffen. — In dieses Lob wird freilich eine gewisse Gruppe von Kritikern und Leuten, die auf das Wort des Rezensenten schwören, nicht mit einstimmen; ich meine jene Gruppe, welche überhaupt ganz und gar gegen Fräulein Meyer ist und aus mir ganz unverständlichen, fastlich wohl auch jeder Unterlage entbehrenden Gründen den Abgang der Dame von der Bühne mit größerer Deutlichkeit denn Höflichkeit Tag um Tag verlangen! — Allerdings hatte ja Fräulein Meyer ehemals nur eine angenehme Erscheinung, ein sympathisches Organ und eine rein mit äußerlichen Mitteln wirkende Routine aufzuweisen. Jetzt, in ihrem neuen Rollenkreise ist sie aber zum Erschaunen vieler eine ganz Andere geworden: sie bringt in den Geist der Rolle, ja der Dichtung selbst ein und spielt mit Temperament, was sonst von ihr nicht behauptet werden konnte. — Ihr ist also der große Schritt in das Fach der reiferen Damen geglückt, sie hat den

ersten Staatsanwalts, noch viel zu wenig über die Wahlvorgänge in Baden gesagt hat." Der Artikel hebt alsdann hervor, daß kein anderer badischer Abgeordneter sich zum Vertbeiger dieser Dinge aufwarf. Das Bemerkenswerthe aber ist, daß er neue Thatsachen mittheilt, welche auf den ersten Blick kaum glaublich erscheinen. Nicht bloß sozialdemokratische, sondern auch völksparteiliche Versammlungen sind in dem Wahlkreise Mannheim-Schwetzingen-Weinheim verboten. Auf die Beschwerde eines solchen Verbois der Wahlversammlung, die in Lauterbach stattfand, sollte, hat der großherzoglich badische Landeskommissar Frech erklärt: Nach den gemachten Erhebungen ist unter dem 17. Februar d. J. eine Verfügung des großherzoglichen Bezirksamts Weinheim nur dahin ergangen, daß, nachdem Rechtsanwalt Kohn in einer Wahlversammlung in Weinheim Anlaß zur Auflösung einer Versammlung gegeben habe, die Abhaltung von Wahlversammlungen, in welchen Rechtsanwalt Kohn von Dortmund das Wort ergreifen will, verboten werden.

Diese Thatsache geht allerdings viel weiter als diejenige, über welche der Abg. Richter Mittheilungen machte. Man kann darauf gespannt sein, was Herr v. Marshall zur Rechtfertigung dieses Verbots anführen kann.

— Hier und da wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Vermehrung der Bevölkerung Deutschlands im Laufe der letzten Jahre eine sehr langsame geworden und der Prozentatz der jährlichen Zunahme zur Zeit in Deutschland geringer sei, als in den meisten anderen Ländern. Man hat aus dieser Erscheinung wohl auch den Schluß gezogen, daß die Ueberbevölkerung des Deutschen Reiches eine Thatsache sei. Daß das Reichsgebiet im ganzen überbevölkert ist, dürfte sich jedoch schwerlich behaupten lassen; eine Reihe von Landestheilen ist zur Zeit noch so schwach bevölkert, daß von einer Ueberbevölkerung, welche den vorhandenen natürlichen Ernährungskräften des Bodens entspräche, nicht gesprochen werden kann, geschweige von einer Ueberbevölkerung. Allerdings ist aber so viel richtig, daß manche Gebiete in ausgesprochenem Maße an Ueberbevölkerung leiden, und demgemäß ist es nur natürlich, daß die Zunahme der Bevölkerung sich in schwächerem Maße vollzieht als früher. Daß die Intensität, mit welcher auch jetzt noch die Bevölkerungsübermehrung vor sich geht, zu Bedenken keinen Anlaß giebt, ist zweifellos. In dem ersten Jahrzehnt, welches der Neuerrichtung des Reiches folgte, war die Volksübermehrung eine so starke, daß sie mit Recht von hervorragenden Nationalökonomien und Statistiken als übermäßig und bedenklich bezeichnet wurde; es war insbesondere der jüngst verstorbene Künzlin, welcher die Aufmerksamkeit auf diese Erscheinung lenkte. Der wirtschaftliche Aufschwung zu Beginn der sechziger Jahre bewirkte zusammen mit der durch die Reichsgegründung erleichterten Beschäftigung eine starke Zunahme der alljährlich geschlossenen Ehen und demgemäß auch eine starke Vermehrung des Geburten-Überschusses. Hätte diese Bewegung fortgedauert, so würden aus derselben mit Nothwendigkeit ernste Uebel- und Mißstände hervorgegangen sein; der Rückgang des Geburten-Überschusses ist dagegen ein Beweis dafür, daß sich die Vermehrung der Bevölkerung wieder in ein richtiges Verhältniß zu der Ernährungsfähigkeit des Landes und zu dem Nationalwohlstande zu stellen beginnt. Es ist aber keineswegs ein Anlaß für den Staat gegeben, durch besondere Mittel auf eine Steigerung hinzuwirken. Die Verhältnisse liegen in dieser Hinsicht bei uns ganz anders als in Frankreich. Das geht zur Genüge schon aus der Thatsache hervor, daß in einer erheblichen Anzahl der französischen Departements der Bevölkerungszugang überfließt. Wir können mit der Bewegung der Bevölkerung ganz zufrieden sein und haben zu Befürchtungen durchaus keinen Grund, während man in Frankreich allerdings berechtigt ist, angesichts der seit

„Uebergang“ gefunden, der bei Künstlerinnen so sehr selten ist. Während beispielsweise ein jugendlicher Held mit der Zeit ganz von selber in das „Heldenvaterschaft“ hineinaltert, scheitern die meisten Damen vom Theater, wenn sich der Schein der Jugendlichkeit nicht länger erhalten läßt, an dem Gegenlage, in welchem sich das nicht tiefer werdende, sondern nur des Schmuckes verlustig gehende Organ zu ihrem Aussehen in einer Rolle des „Mutterfaches“ befindet. Fräulein Meyer nun ist dieser Uebergang derart glücklich, daß wir noch Großes von ihr hoffen dürfen, wenn sie der Bühne erhalten bleibt! — Neben ihr ist der Uebertritt nur noch sehr wenigen, einer ihrer Berliner Kolleginnen allerdings in überraschender, glänzender Weise gelungen: nämlich der Frau Schramm, die ehemals die lustigste Sourette war und heute am Wallner-Theater die jüngeren „romischen Alten“ geradezu entzückt, mit echter Künstlerkraft, zu spielen weiß! — Auch am vorigen Sonnabend hat sie Beweis von ihrer Herrschaft über die hierzu erforderlichen Mittel in dem „neuen“ Schwank des Trifoliums Meilho, Orange und Bernhard abgelegt. Ich sehe das „neue“ in Anführungsstriche, denn die Bestandtheile dieses Schwankes („Verfolgt“) sind schon mehr als nöthig in anderen Pöffen dagewesen; er ist somit ein „Ragout aus anderer Schmaus“, hat aber, wie gern anerkannt werden soll, einen recht hübschen Heiterkeitserfolg errungen. Dasselbe kann man auch von dem weit harmloseren Sinauer „Der Herr von Lohengrin“ von A. Günther sagen. Der Reiz des Stückchens bestand für das Berliner Publikum freilich weniger im Inhalte dieses lever de rideau als in der längst durchbrochenen Anonymität des Verfassers. Man weiß ja nachgerade so ziemlich überall, daß A. Günther niemand anders ist, als Herzog Elmar von Oldenburg.

Ein höchst poetisches Größungsstückchen hat gestern Abend das „Berliner Theater“ in einer wunderschönen, mondlichtdurchfluteten Szenerie, leider allerdings mit ungenügender Beleuchtung, zur Darstellung gebracht. Es ist der in Versen gekleidete Sinauer: „le passant“ von François Coppée. „Der Wanderer“ — wie der Uebersetzer sagt — ist ein junger Sautenpieler, der nach Florenz zieht, um sich dort zu berauschen in den Augen einer vielgefeierten Schönen, wenn er nicht etwa gar noch größere Erfolge erhofft. Unterwegs trifft er in einem Landhause eine Dame, deren Liebe er gewinnt; er steht sie an, ihn nicht fortgehen zu heißen, sie aber, die keine andere ist als die in Florenz vermählte Allmächtige Courtisane Silvia, die in den Künsten der Liebe Meisterin geworden, sie wird gerührt durch die Unschuld des jugendlichen, frei wie ein Zugvogel durch die Lande schweifenden Sängers und heißt ihn von portetmende wahre Liebe sie drängt, den „Wanderer“ an sich zu fesseln. Als der Allgewiesene trauernd davon spricht, nun kehrt Silvia, schilbert sie ihm, wer jene Silvia sei; des Weges, den sie ihm weist nicht nach Florenz! — Die Uebersetzung dieses kleinen Werkes ist ganz außerordentlich gut gelungen; ich habe selten

Jahren beobachteten Verminderung der Fähigkeit, den Abgang zu ergänzen, die Frage aufzuwerfen beginnt, wohn es mit der französischen Nation noch kommen wird.

Belgien.

* Brüssel, 15. November. Der langjährige Intimus der liberalen Minister, der Direktor des Preßbureaus, Inspektor der schönen Künste und Sekretär im Ministerium des Aeußern, Georges Rieter, der am 10. d. M. auf die Dauer von sechs Monaten vom Amte suspendirt wurde, hat sich, wie man dem „Berl. Tagebl.“ telegraphirt, durch die Flucht der weiterhin angeordneten Verhaftung entzogen. Rieter ist des Diebstahls von Dokumenten, die in der „Nouvelle Revue“ von Alexander de Mondion veröffentlicht wurden, verdächtig. Rieter hatte den radikalen Parteiführer Abgeordneten Paul Janfon zu seinem Rechtsbeistand gewählt. Die Angelegenheit dürfte sich noch sehr sensationell zuspitzen.

25. Provinzial-Landtag.

Posen, den 15. November.

In der 9. Plenarsitzung vom 14. d. Mts. sind folgende Gegenstände zum Vortrag gekommen und durch Beschluß erledigt worden:

1. Die Provinzial-Landtags-Versammlung nahm von den Vorlagen über den Stand der dem Provinzial-Verbande gehörigen bezw. der von demselben verwalteten Fonds, ferner von der Uebersicht der im Besitz der Provinz befindlichen Gegenstände Kenntniß und hatte zu Bemerkungen kein Veranlassung.

2. Der Etat für das Arbeits- und Landarmenhaus in Kosten für 1890/91 ff. wird auf 237,400 M., der Etat für das Landarmen- und Korrigendenwesen auf 309,500 M. festgesetzt.

Hierbei erneuert der Provinzial-Landtag seinen Beschluß vom 14. März 1888 wie folgt:

Der Provinzial-Ausschuß wird ermächtigt, in Zukunft die Armenkosten für unbelannte Leichen, Findlinge, für Blinde, Irre, Taubstumme und solche Personen, deren genaue Vernehmung in Folge eines körperlichen oder geistigen Gebrechens unmöglich gewesen ist, auf den Landarmenfonds zu übernehmen, wenn es den Ordarmenverbänden angewandter Mühe ungeachtet nicht gelungen ist, die Identität der Unterstügten festzustellen oder zu ermitteln, wo der Unterstügte seinen Unterstügungswohnsitz gehabt hat.

3. Der Etat für das Zwangsverziehungswesen wird auf 56,266 67 M. und der Etat für die Zwangsverziehungsanstalt in Schubin auf 32,300 M. festgelegt.

4. Der Etat für die Provinzial-Irren-Anstalt in Owsin auf 1890/91 wird auf 237,700 M., der Etat für die Taubstummen-Anstalt in Posen auf 89,300 M., der Etat für die Taubstummen-Anstalt in Schneidemühl auf 56,600 M. und der Etat für die Taubstummen-Anstalt in Bromberg auf 26,300 M. festgelegt.

5. Die Rechnung über den Fonds der Provinzial-Landständischen Verwaltungskommission und für das Provinzial-Landtagsgebäude pro 1887/88, sowie die Rechnung der Provinzial-Hilfskasse pro 1886/87 werden beschlagnahmt.

6. Der Provinzial-Landtag nahm an der Darstellung über den Zustand der Provinzial-Feuer-Societät der Provinz Posen Kenntniß und beschließt zu § 70 des Relements: die Witwen- und Waisen-

eine solche Freiheit in der Behandlung der Sprache bei Uebersetzungen gefunden wie hier, wo die Verse trotz des Reimes flüssig waren wie eine ins Poetische erhobene Prosa, wo der Reim sich so ungezwungen einstellte, als sei er die Alltagsprache des (auf dem Theaterzettel nicht genannten) Uebersetzers. Und doch beschäftigt sich dieser letztere verhältnismäßig nur selten mit dem Reimen und hat sich vielleicht noch niemals mit eigenen Gebilden versucht. Denn er gehört zu denen, welche sich der „Gere Politit“ ergeben haben; es ist („Diskretion ist . . . Lebensregel“) M. A. Klausner, welcher im „Börse-Kourier“ Tag für Tag seine schneidigscharfen, mit dolchspitzigen Pointen durchsetzten Leitartikel schreibt!

Ein Werk ganz anderen Kalibers folgte diesem mondchein-durchtränkten Dramalet; nämlich ein politisches Intriguenstück mit allerdings ziemlich grob zusammengewürmten, aber doch unleugbar gewaltigen dramatischen Effekten! Das dreieckige Werk, „Thyra“ betitelt, rührt von Heinrich Stobitzer her und behandelt die Konflikte, welche sich ergeben aus einem in nicht unbilliger Absicht, aber in dennoch schmählichem Thun verübten Landesverrathe. Wahrscheinlich hätte der Verfasser sein Stück gern in Deutschland oder Frankreich spielen lassen, und die Wirkung wäre dann noch durchschlagender gewesen; freilich, die Censur hätte das niemals zugelassen! So verlegte er denn die Handlung seines Stückes nach Rußland und ließ den Landesverrätther nicht einen in Berlin lebenden Eläffer, sondern einen äußerlich rußfreundlichen, im Innern aber glühend sein Vaterland liebenden Polen (den Obersten Sieminski) sein. Dieser trägt die russische Loyalitäts-Maske so vortrefflich zur Schau, daß er Jahre lang nicht beargwöhnt wird und daß es ihm gelingt, den „auswärtigen Freunden Polens“ wichtige Papiere: Abschriften von geheimen Verträgen, Kopien von Heeresorganisationsplänen, Zeichnungen von Festungen zc. zuzustellen. Zu diesem Zwecke hat er einen Beamten im Ministerium zum Sklaven seines Willens gemacht, indem er einen von diesem gefälschten Wechsel einlöste und dem jungen Manne überdies hinreichende Mittel zum Leben gewährte. — Er glaubt durch diese Manipulationen den „fremden Mächten“ Material zur Verschmetterung Rußlands und damit zur Befreiung Polens zu liefern. Nun hört er, daß „die rechte Hand des Kriegsministers“, der Kammerherr Wladimir Litwinoff, äußerst wichtige Verträge im Hause habe. Er empfiehlt diesem nicht nur einen Diener, den er zur Entwendung der Akten behufs Kopirung veranlaßt, sondern er verlobt sogar dem Kammerherrn seine Tochter Thyra. Die letztere ist bei der Verlobung nur dem Gebote des Vaters gefolgt, erglüht aber bald in Liebe zu dem edlen Manne, besonders nachdem sie erfahren, daß er es war, welcher als junger Offizier sie aus einem der brennenden Häuser Prags gerettet. — Sobald der Oberst die Kopie der Akten hat, befiehlt er der Tochter, von ihrem Verlobten zu lassen, und gezwungen durch ihre Energie offenbart er ihr sein, wie er meint, patriotisches Handeln. Damit beschwört er einen furchtbaren Konflikt zwischen sich und seiner Tochter herauf, und diese verläßt ihn, da sie ihn nicht verrathen will, aber auch nicht mehr mit ihm leben kann, und

geldbeiträge, welche von den Bureaubeamten der Provinzial-Feuer-Societät zu entrichten sind, werden unbeschadet des an diese Verpflichtung geknüpften Anspruchs auf Witwen- und Waisengeld vom 1. April 1890 ab nicht mehr erhoben.

Lokales

Posen, 16. November.

* In der Aula des städtischen Realgymnasiums findet morgen, Sonntag, 7½ Uhr Abends, eine Wiederholung der Aufführung von Szenen aus Schillers „Wallenstein“ zum Besten des Vaterländischen Frauen-Vereins statt. Es sind unter Ausschluß der Frauenrollen im Ganzen 31 Szenen aus den „Piccolomini“ und „Wallenstein Tod“ mit großem Geschick zu einem zusammenhängenden und spannenden, fünfaktigen Stück verbunden worden, dessen Aufführung etwa 1½ Stunden dauert. Die beifällige Aufnahme der Vorstellung bei der Schillerfeier und der mit der diesmaligen Aufführung verbundene wohlthätige Zweck läßt erhoffen, daß der Eifer der Schüler, die herrliche Dichtung tüchtig einzulernen und nach Kräften würdig vorzuführen, durch zahlreichen Besuch belohnt werden wird. Es wird die Mittheilung erwünscht sein, daß eine bedeutende Anzahl von Plätzen nummirt worden ist.

* Verein junger Kaufleute. Am vergangenem Dienstag hielt Herr Dr. Raab-Posen im Verein junger Kaufleute einen Vortrag über „Moderne Ideen in der Literatur“. Der Redner führte folgendes aus: Unsere moderne Zeit ist die Zeit der Politik und der Naturwissenschaften. Die thätige Theilnahme des Einzelnen hat auch den vierten Stand mündig gemacht. Seine Ansprüche, von Millionen Stimmen unterstützt, haben, wie ein Sauerteig wirkend, im wirtschaftlichen Leben einen Kampf von Interessen hervorgerufen, wie er in gleicher Ausdehnung und von gleicher Intensität noch nie in der Geschichte getreten ist. Auf der andern Seite hat durch die Erzeugnisse der modernen Naturforschung und Technik unser gesamtes Leben eine durchgreifende Umgestaltung erfahren. Die außerordentlichen Beschleunigung des Transports, die bedeutende Vermehrung der Absatzwege für die Erzeugnisse des Bodens und der Industrie, wie die Zeit und Raum bezwingende Schnelligkeit, mit der wir unsere Körner und noch mehr unsere Gedanken in die Ferne zu tragen vermögen, haben unserem gesamten wirtschaftlichen Leben ein Tempo beigebracht, wie es noch vor 50 Jahren kaum für denkbar gehalten worden ist. All das hat die 2. Hälfte unseres Jahrhunderts stärker geschieden, als sonst ganze Jahrhunderte von einander getrennt sind. Denn bisher ist der Uebergang zu neuen wirtschaftlichen und Lebensgewohnheiten ein langamer und allmählicher gewesen. Heute aber bewirken Erfindungen wie die des Telephons, des elektrischen Lichts, Umwälzungen binnen weniger Jahre, wie sie sich sonst in Jahrzehnten kaum vollzogen haben. Wie finden wir nun diese charakteristischen Züge in der modernen Literatur wiedergegeben? Denn das müssen wir als ein Grundgeziel der Literaturgeschichte betrachten, daß jede Literatur gleichsam den in Form von Geistestheorien kristallisierten Niederschlag der Ideen ihrer Zeit darbietet. Manche sagen, der Telegraph und die Eisenbahn haben die Poesie verdrängt. Solche vermögen aber die modernen Ideen nicht poetisch zu gestalten. In den echten, großen Dichtern muß die Forderung gestellt werden, daß er von den gährenden Ideen seiner Zeit bewegt werde, ja, daß er die kommenden ohne. Das haben alle großen Dichter der

verschwindet für ihn wie für ihren Bräutigam. Letzterer wird, als man die ins Ausland abgeschickten Kopien aufgefunden, als Landesverrätther verhaftet, unmittelbar nachdem Thyra nach fünfwochentlicher Verschollenheit unerwartet bei ihm eintritt, um ihn zu retten, indem sie (in einer hochdramatischen Szene voll gewaltiger Wirkung) in Gegenwart ihres Vaters diesen als den Verrätther entlarvt. Der Kammerherr wird, da sowohl der Oberst wie sein Mitgeschulbiger im Ministerium ihre Schuld schriftlich bekennen, sofort wieder enthaftet, und die Landesverrätther geben sich den Tod. Thyra, die in den beiden letzten Akten im furchtbarsten Kampfe zwischen Liebe, Kindespflicht und Ehre hin- und hergeworfene Thyra, sinkt bei der Nachricht von dem selbstgewählten Tode ihres Vaters ohnmächtig in die Arme ihres Bräutigams, und der Autor entläßt uns in der Zuversicht, daß die beiden Schweregeprüften in einer glücklichen Ehe doch noch das Glück finden werden, welches die Schuld des in seinem Patriotismus auf Irrwege gerathenen polnischen Obersten zu vernichten gedroht hatte.

Die Aufnahme des Stückes, das eine Fülle von zum Theil höchst charakteristisch gezeichneten Figuren bietet, war nach dem ersten Akte eine zweifelhafte; ja es regte sich sogar die Spottlust des Publikums bei der ziemlich überraschend kommenden und sofort der anwesenden Gesellschaft verkündeten Verlobung Thyras mit dem Kammerherrn. Dagegen brauste ein minutenlanges Beifallsturm durch das Haus nach der großen Szene zwischen Thyra und ihrem Vater (im zweiten Akte), ein Beifall, der allerdings zum Theile der Darstellung galt. Und mit Recht; denn Fräulein Nuschka Duge spielte gerade diese Szene wie alle übrigen Konfliktscenen des Stückes mit einer Leidenschaftlichkeit und doch zugleich mit einer von allen theatralischen Posen freien Natürlichkeit, wie wir sie in den letzten Jahren nicht zu sehen bekommen hatten; selbst nicht von dieser nämlich Künstlerin, die sich seit gestern einen höchst ehrenvollen Platz unter den Berliner Künstlerinnen errungen hat. Auch der dritte Akt schloß erzielte einen lebhaften Applaus, in den sich freilich das nun einmal in der Reichshauptstadt auch bei unzweifelhaften Erfolgen übliche Premieren-Fischen einer Minorität mischte. — Wäre das Stück von einem Franzosen geschrieben, etwa einem Sardou, man würde es hier trotz aller seiner Fehler für ein grandioses Werk erklären; da es aber von einem Deutschen herrührt, so ist es fraglich, ob man nicht mehr die Schwächen der Arbeit, als ihre Vorzüge betonen wird, wie dies z. B. schon in einigen der Kritiken geschehen ist, die ich in den heutigen Morgenblättern las.

Ich hätte jetzt eigentlich noch über den heute zur Verhandlung stehenden Prozeß Dr. Brahms und Genossen („Freie Bühne“) contra Dr. Raftan zu sprechen; da ich indeß den mir zugewilligten Raum wohl schon überschritten habe, mich überdies sofort aufmachen muß, um, sehr wider meinen Willen, als Zeuge bei dem Prozeß zu fungiren, so bin ich genöthigt, mein Referat über diese Gerichtsverhandlung heute Abend in einem besonderen Nachtrage an die verehrliche Redaktion abgehen zu lassen.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Comp. (H. Rösch) in Wien.